

Entscheidendes Gremium: Bürgerschaft		
Vorsitzende der Fraktionen BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE.Partei		
Familienfreundliches Rathaus: Eltern-Kind bzw. Kinderbetreuungszimmer im Rathaus einführen		
Geplante Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
21.02.2024	Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Migration	Empfehlung
27.02.2024	Personalausschuss	Empfehlung
28.02.2024	Bürgerschaft	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt:

Die Einrichtung eines Eltern-Kind- bzw. Kinderbetreuungszimmers im Rathaus und die Möglichkeit einer Kinderbetreuung während der Fraktions- und Bürgerschaftssitzungen zu prüfen.

Für Sitzungen, die voraussichtlich bis spät in die Nacht dauern und daher keine Kinderbetreuung vor Ort ermöglichen, soll geprüft werden, wie die Verwaltung ehrenamtliche Kommunalpolitiker*innen bei der Suche nach Betreuungspersonen unterstützen kann. Dabei ist zu prüfen, inwiefern ein Pool von Betreuungspersonen aufgebaut werden kann.

Zu prüfen, ob das Eltern-Kind- bzw. Kinderbetreuungszimmer so gestaltet werden kann, dass dieses auch Verwaltungsmitarbeiter*innen als Eltern-Kind-Arbeitsplatz zur Verfügung steht.

Sachverhalt:

In der Kommunalpolitik sind Eltern junger Kinder, insbesondere Frauen*, nach wie vor unterrepräsentiert- dies trifft auch auf die Rostocker Bürgerschaft zu. Derzeit besteht die Option, die Kosten für Kinderbetreuung während Sitzungen erstattet zu bekommen. Diese Möglichkeit soll auch beibehalten werden. Jedoch wird die Organisation und Abrechnung dieser Betreuung meist von Frauen* übernommen, was zusätzlichen, häufig ungesehenen Aufwand verursacht. Dies führt zu oft dazu, dass Mütter jüngerer Kinder sich in ihrer aktuellen Lebensphase nicht kommunalpolitisch engagieren. Gerade ihre Perspektive sollte jedoch in einem Kommunalparlament vertreten sein. Dies betrifft nicht nur Mütter, sondern Eltern im Allgemeinen, die von einer Kinderbetreuung vor Ort profitieren können. Die Umsetzung dieses Anliegens würde die Kommunalpolitik in Rostock familienfreundlicher gestalten. Um Frauen* und Eltern junger Kinder im Allgemeinen den Zugang zur politischen Beteiligung zu erleichtern, müssen die Prozesse in diesem Zusammenhang vereinfacht und entbürokratisiert werden.

Bereits in vielen Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen existieren Eltern-Kind-Arbeitsplätze, beispielsweise an der Uni Rostock. Insbesondere während der Ferien- oder KITA-Schließzeiten wird es für Eltern einfacher, Familie und Beruf zu vereinbaren. Daher erscheint es sinnvoll, bei der Einrichtung eines Kinderbetreuungsziimmers auch an die Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung zu denken und zu prüfen, inwiefern dieses Zimmer als Eltern-Kind-Arbeitsplatz genutzt werden könnte. Dies wäre ein kleiner, aber wirksamer Schritt, um die Stadt als Arbeitgeberin attraktiver und moderner zu gestalten.

Finanzielle Auswirkungen:

liegen nicht vor, bzw. sind im Rahmen des Prüfauftrages zu ermitteln.

Andrea Krönert und Uwe Flachsmeyer, BÜNDNIS90/ DIE GRÜNEN

Christian Albrecht, DIE LINKE.PARTEI

Anlagen

Keine